

BFH-Leitsatz-Entscheidungen

Heute neu:

- [Altersteilzeit: Besteuerungsrecht für Bezüge nach dem Blockmodell - Arbeitgeberzuschüsse zu französischer Krankenversicherung](#)
Urteil vom 12.01.2011, Az: I R 49/10
- [DBA Schweiz: Besteuerung bei Wegzug eines Arbeitnehmers in die Schweiz](#)
Urteil vom 19.10.2010, Az: I R 109/09
- [Vorweggenommene Erbfolge: Steuervergünstigungen nach § 13a ErbStG a.F. für Anteilerwerb bei Aufeinanderfolgen mehrerer Umwandlungsvorgänge](#)
Urteil vom 16.02.2011, Az: II R 60/09
- [Umsatzsteuer: Keine Durchschnittssatzbesteuerung für Pensionspferdehaltung](#)
Urteil vom 13.01.2011, Az: V R 65/09
- [Lohnsteuer: Zufluss von Arbeitslohn bei Gehaltsverzicht ohne wirtschaftlichen Ausgleich](#)
Urteil vom 03.02.2011, Az: VI R 4/10
- [Insolvenz: Aufrechnung mit in kritischer Zeit erworbenen Vorsteuervergütungsanspruch](#)
Urteil vom 02.11.2010, Az: VII R 62/10
- [Veräußerungsgewinn: Rückwirkende Herabsetzung der Beteiligungsquote in § 17 EStG](#)
Urteil vom 25.11.2010, Az: IX R 47/10
- [Veräußerungsgewinn: Rückwirkende Herabsetzung des Höchstbetrags gemäß § 34 Abs. 1 EStG 1990](#)
Urteil vom 26.01.2011, Az: IX R 81/06
- [Umsatzsteuer: Ort der Leistung bei einem Rennservice für im Ausland veranstaltete Motorradrennen](#)
Urteil vom 01.12.2010, Az: XI R 27/09
- [Umsatzsteuer: Voraussetzungen einer finanziellen Eingliederung einer Organgesellschaft in eine Kapital- oder Personengesellschaft](#)
Urteil vom 01.12.2010, Az: XI R 43/08

Urteile und Beschlüsse:

Altersteilzeit: Besteuerungsrecht für Bezüge nach dem Blockmodell - Arbeitgeberzuschüsse zu französischer Krankenversicherung

Urteil vom 12.01.2011, Az: I R 49/10

EStG 2002 § 1 Abs. 3, § 3 Nr. 62., § 19DBA-Frankreich Art. 13 Abs. 1 und 8,
AltTZG 1996 § 2 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1, § 3 Abs. 1 Nr. 1 Buchst. a

1. Bezüge, welche ein in Frankreich ansässiger Arbeitnehmer von seinem Arbeitgeber für eine in Deutschland ausgeübte nichtselbständige Arbeit während der Freistellungsphase nach dem sog. Blockmodell im Rahmen der Altersteilzeit erhält, sind keine Ruhegehälter, sondern nachträglicher Arbeitslohn, der als solcher in Deutschland zu versteuern ist.

2. Freiwillige Zuschüsse zu einer Krankenversicherung, die ein inländischer Arbeitgeber an einen Arbeitnehmer für dessen Versicherung in der französischen gesetzlichen Krankversicherung ("CPAM") leistet, sind nicht nach § 3 Nr. 62 EStG 2002 steuerfrei (Anschluss an BFH-Urteile vom 18. Mai 2004 VI R 11/01, BFHE 206, 158, BStBl II 2004, 1014; vom 28. Mai 2009 VI R 27/06, BFHE 225, 377, BStBl II 2009, 857).

DBA Schweiz: Besteuerung bei Wegzug eines Arbeitnehmers in die Schweiz

Urteil vom 19.10.2010, Az: I R 109/09

DBA-Schweiz 1971/1992 Art. 4 Abs. 1 und 4, Art. 15a Abs. 1

Keine "überdachende" deutsche Besteuerung bei Wegzug eines Arbeitnehmers in die Schweiz

Ist ein Arbeitnehmer aus Deutschland in die Nähe seiner Arbeitsstelle in der Schweiz verzogen, so eröffnet Art. 4 Abs. 4 DBA-Schweiz 1971/1992 auch dann kein erweitertes Besteuerungsrecht Deutschlands, wenn der Umzug in die Schweiz erst mehrere Jahre nach Aufnahme der dortigen Arbeitstätigkeit erfolgt ist.

Vorweggenommene Erbfolge: Steuervergünstigungen nach § 13a ErbStG a.F. für Anteilserwerb bei Aufeinanderfolgen mehrerer Umwandlungsvorgänge

Urteil vom 16.02.2011, Az: II R 60/09

ErbStG vor 2009 § 13a, UmwStG a.F. § 20 Abs. 1, § 24 Abs. 1

Die Steuervergünstigungen nach § 13a ErbStG a.F. für den Erwerb von Anteilen an einer Personengesellschaft fallen auch dann nicht rückwirkend weg, wenn innerhalb von fünf Jahren nach dem Erwerb mehrere Umwandlungsvorgänge i.S. des § 20 Abs. 1 und § 24 Abs. 1 UmwStG stattfinden.

Umsatzsteuer: Keine Durchschnittssatzbesteuerung für Pensionspferdehaltung

Urteil vom 13.01.2011, Az: V R 65/09

UStG 1999/2005 § 24, Richtlinie 77/388/, EWG Art. 25

Keine Durchschnittssatzbesteuerung nach § 24 UStG für Umsätze aus sog. Pensionspferdehaltung

Die Umsätze eines Landwirts aus dem Einstellen, Füttern und Betreuen von Reitpferden (sog. Pensionspferdehaltung) unterliegen nicht der Durchschnittssatzbesteuerung nach § 24 UStG.

Lohnsteuer: Zufluss von Arbeitslohn bei Gehaltsverzicht ohne wirtschaftlichen Ausgleich

Urteil vom 03.02.2011, Az: VI R 4/10

EStG § 42d, § 41a Abs. 1, § 39b, § 38 Abs. 3, § 11

Kein Zufluss von Arbeitslohn bei Gehaltsverzicht ohne wirtschaftlichen Ausgleich

Verzichtet ein Gesellschafter-Geschäftsführer gegenüber der Gesellschaft auf bestehende oder künftige Entgeltansprüche, so fließen ihm insoweit keine Einnahmen aus nichtselbständiger Arbeit zu, als er dadurch eine tatsächliche Vermögenseinbuße erleidet.

Insolvenz: Aufrechnung mit in kritischer Zeit erworbenen Vorsteuervergütungsanspruch

Urteil vom 02.11.2010, Az: VII R 62/10

InsO § 96 Abs. 1 Nr. 3, §§ 129, 130, 131, 140 Abs. 1 und 3

Unzulässigkeit der Aufrechnung gegen in kritischer Zeit vor Eröffnung eines Insolvenzverfahrens erworbenen Vorsteuervergütungsanspruch

Die Verrechnung von Insolvenzforderungen des Finanzamts mit einem Vorsteuervergütungsanspruch des Insolvenzschuldners ist, sofern bei Erbringung der diesem Anspruch zugrunde liegenden Leistungen die Voraussetzungen des § 130 InsO oder des § 131 InsO vorgelegen haben, unzulässig (Änderung der Rechtsprechung).

Veräußerungsgewinn: Rückwirkende Herabsetzung der Beteiligungsquote in § 17 EStG

Urteil vom 25.11.2010, Az: IX R 47/10

EStG § 17 Abs. 1 Satz 4

Zur rückwirkenden Herabsetzung der Beteiligungsquote

Soweit nach Maßgabe des Beschlusses des BVerfG vom 7. Juli 2010 2 BvR 748/05, 2 BvR 753/05, 2 BvR 1738/05 gemäß § 17 Abs. 1 Satz 4 i.V.m. § 52 Abs. 1 Satz 1 EStG i.d.F. des StEntlG 1999/2000/2002 Wertsteigerungen steuerbar sind, welche nach der Verkündung des Steuerentlastungsgesetzes 1999/2000/ 2002 am 31. März 1999 entstanden sind, handelt es sich um eine steuerbegründende Tatsache, wofür die Feststellungslast das FA trifft.

Veräußerungsgewinn: Rückwirkende Herabsetzung des Höchstbetrags gemäß § 34 Abs. 1 EStG 1990

Urteil vom 26.01.2011, Az: IX R 81/06

EStG § 34 Abs. 1 i.d.F. des UntStRFoG

Die Anwendung des durch das Gesetz zur Fortsetzung der Unternehmenssteuerreform mit Wirkung zum 1. August 1997 von 30 Mio. DM auf 15 Mio. DM herabgesetzten Höchstbetrags für außerordentliche Einkünfte auf eine Anteilsveräußerung im August 1997 verletzt nicht in unzulässiger Weise Vertrauensschutzinteressen des Veräußerers.

Umsatzsteuer: Ort der Leistung bei einem Rennservice für im Ausland veranstaltete Motorradrennen

Urteil vom 01.12.2010, Az: XI R 27/09

UStG 1999 § 3a Abs. 1, § 3a Abs. 2 Nr. 3 Buchst. a, Richtlinie 77/388/, EWG Art. 9 Abs. 2 Buchst. c erster Gedankenstrich

Stellt ein Unternehmer mit Sitz im Inland einem Motorradrennfahrer einen vollständigen Rennservice mit Fahrzeug für im Ausland veranstaltete Motorradrennen zur Verfügung, führt er damit eine einheitliche sonstige Leistung aus, die im Inland der Umsatzbesteuerung unterliegt.

Umsatzsteuer: Voraussetzungen einer finanziellen Eingliederung einer Organisationsgesellschaft in eine Kapital- oder Personengesellschaft

Urteil vom 01.12.2010, Az: XI R 43/08

UStG § 2 Abs. 2 Nr. 2 Satz 1, Richtlinie 77/388/, EWG Art. 4 Abs. 4 Unterabs. 2, FGO § 60 Abs. 3

1. Eine finanzielle Eingliederung i.S. des § 2 Abs. 2 Nr. 2 Satz 1 UStG setzt sowohl bei einer Kapital- als auch bei einer Personengesellschaft als Organträger eine unmittelbare oder mittelbare Beteiligung der Kapital- oder Personengesellschaft an der Organgesellschaft voraus. Deshalb reicht es auch für die finanzielle Eingliederung einer GmbH in eine Personengesellschaft nicht aus, dass letztere nicht selbst, sondern nur ihr Gesellschafter mit Stimmenmehrheit an der GmbH beteiligt ist (Änderung der Rechtsprechung im BFH-Urteil vom 20. Januar 1999 XI R 69/97, BFH/NV 1999, 1136).

2. Das Fehlen einer eigenen mittelbaren oder unmittelbaren Beteiligung der Gesellschaft kann nicht durch einen Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag ersetzt werden.